

## **Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Verhandlungsdemokratie?**

Kernkonzepte der Verhandlungsdemokratie: Konkordanz, Korporatismus, Politikverflechtung

### Definition:

Der Begriff ‚Verhandlungsdemokratie‘ bezeichnet politische Systeme, in denen wesentliche Entscheidungen nicht mit Stimmenmehrheit, sondern durch Aushandeln getroffen werden. Sie stellen eine Alternative zur Mehrheitsdemokratie dar.

Konkordanzdemokratie, Korporatismus und konstitutionelle Politikverflechtung als drei typische Ausprägungen der Verhandlungsdemokratie:

### **Konkordanzdemokratie**

Definition: Lateinisch concordantia = Übereinstimmung

Politische Systeme, bei denen das Prinzip der Mehrheitsentscheidung weitgehend zugunsten des Grundsatzes "gütliche Einvernehmen" ausgeschaltet wird und auf dem Wege der Verhandlung bestimmte Kompromisstechniken zur Herbeiführung eines Konsenses über strittige Angelegenheiten angewandt werden (Lehmbruch).

- Kennzeichen:
- a) Machtteilung mit gesicherter Beteiligung der Repräsentanten aller wichtigen Segmente der Gesellschaft
  - b) Autonomie für jedes einzelne Segment in allen Belangen
  - c) Proportionalität der politischen Repräsentation (Absicherung der Kompromissverfahren durch formelle Proporz- oder Pariätsregeln bei der Besetzung öffentlicher Ämter)
  - d) gesichertes Vetorecht (Entscheidend für Minderheiten!)

Die Konkordanzdemokratie hat sich vor allem in kleineren, gesellschaftlich lange zerklüfteten kontinentaleuropäischen Ländern entwickelt. Beispiele z.B.: Schweiz und Niederlande.

### Der Fall BRD:

In Deutschland handelt es sich um eine Mischform aus Konkordanz- und Konkurrenz-(Mehrheits-)demokratie. Konkordanzdemokratische Strukturen spielen jedoch eine Rolle:

- bei den Praktiken gütlichen Einvernehmens in der Selbstkoordination der Bundesländer (z.B. im Bildungswesen)
- bei dem Beziehungsgeflecht zwischen Bund und Ländern
- bei der Besetzung oberster Bundesgerichte
- bei verfassungsändernder Gesetzgebung, die eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmungsberechtigten im Bundestag und Zweidrittelmehrheit der Stimmen im Bundesrat voraussetzt
- bei zustimmungsbedürftiger Gesetzgebung
- bei der Patronagepraxis in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

### **Korporatismus**

#### Definition:

Beteiligung von Interessengruppen an der Formulierung und Implementation von politischen Programmen und zwar auf der Basis von Interorganisationsnetzwerken zwischen Regierung und politischer Verwaltung einerseits und starken, zentralisierten gesellschaftlichen Verbänden andererseits.

Insgesamt erscheinen aber Konkordanzdemokratie und Korporatismus als einander ergänzende Mechanismen politischer Konfliktregelung vor allem in Österreich, den Niederlanden und der Schweiz.

Der Fall BRD:

In Deutschland kann zwar das „Bündnis für Arbeit“ als Erscheinungsform des Korporatismus gesehen werden, allerdings ohne praktische Durchsetzung, da die beteiligten Organisationen (DGB, BDI, BDA) keine Machtposition gegenüber ihren Mitgliedern haben und auch keine Pflicht zur Mitgliedschaft bei den Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht.

Einteilung nach pluralistischen bzw. korporatistischen Staaten nach Lijphart:

Kanada	3,56
USA	3,38
Großbritannien	3,31
<b>Deutschland</b>	<b>1,38</b>
Niederlande	1,19
Österreich	0,62
Schweden	0,50
Norwegen	0,44

(Beispiele, je höher der Index desto stärker die pluralistische Ausprägung)

- angelsächsische Staaten sind stark pluralistisch, Lobbying
- skandinavische Staaten sind stark korporatistisch, Gewerkschaften sind eingebunden in staatliche Aufgaben

**Politikverflechtung**

Definition:

Politikverflechtung bezeichnet in erster Linie konstitutionelle Arrangements, in denen die Regierungsmacht zwischen verschiedenen staatlichen Organen formal geteilt ist, deren Repräsentanten der gleichen oder teilweise gleichen Wählerschaft verantwortlich sind.

Der Fall BRD:

Föderale Entscheidungsverflechtung bei unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen in Bundestag und Bundesrat → Vom Bundestag verabschiedete Gesetze, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, können im Konfliktfall nicht oder nur verzögert wirksam werden, es sei denn beide Kammern einigen sich in Verhandlungen auf einen gemeinsamen Gesetzestext. Die Möglichkeit der politischen Blockade besteht im Prinzip nicht nur zwischen föderativen Verfassungsorganen.

Institutionelle Konfigurationen im internationalen Vergleich

(Länderzuordnung nach Siaroff 1999 (Korporatismus); Pennings/Keman/Kleinnijenhuis 1999: 259ff., Lane/McKay/Newton 1991:117ff., Lijphart 1984, 1999 (Konkordanz); Schmidt 2000: 352 (Anzahl der Vetopunkte > 3 in Czada 2000: 17)

Korporatismus	Konkordanz	Konstitutionelle Vetos	Länder
Hoch	Hoch	Hoch	Schweiz
Hoch	Hoch	Gering	Österreich, Niederlande
Hoch	Gering	Hoch	Deutschland
Hoch	Gering	Gering	Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden
Gering	Hoch	Hoch	-
Gering	Hoch	Gering	Belgien, Portugal
Gering	Gering	Hoch	USA, Kanada, Australien
Gering	Gering	Gering	Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Neuseeland, Spanien

	<b>Konkordanzdemokratie</b>	<b>Konkurrenzdemokratie</b>
<b>Begriff</b>	„Übereinstimmung“ – Kompromisstechniken zur Herbeiführung eines Konsenses	Politisches System, das weitgehend auf einer Parteienkonkurrenz beruht
<b>Basisannahme</b>	Politisch-kulturelle Heterogenität	Politisch-kulturelle Homogenität
<b>Einscheidungsregel</b>	Proporzregel Aushandeln	Mehrheitsregel Wettbewerb
<b>Merkmale</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Machtteilung mit gesicherter Beteiligung der Repräsentanten</li> <li>• Erreichen einer maximalen Mehrheit</li> <li>• Proportionalität der politischen Repräsentation (keine klare Unterscheidung zwischen Regierung und Opposition)</li> <li>• Starke Autonomie gesellschaftlicher Segmente</li> <li>• Gesichertes Vetorecht</li> <li>• Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Interessen</li> <li>• Integration von Minderheiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Alternierende Mehrheitsherrschaft von zwei großen Parteien</li> <li>• Regierungsentscheidungen werden im wesentlichen von Parteipolitikern getroffen</li> <li>• Siegerpartei bestimmt das Regierungsprogramm</li> <li>• Klare Unterscheidung zwischen Regierung und Opposition</li> <li>• Großer Handlungsspielraum der Regierung</li> </ul>
<b>Stärken</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hoher Grad an Legitimation/Akzeptanz</li> <li>• Geringe Tendenz zur Ausgrenzung (Minderheitenschutz), Fähigkeit zur Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen</li> <li>• Opposition wird teilweise durch Partizipationsrechte integriert</li> <li>• Ausgeprägte Regierungsstabilität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hohe Effektivität des Entscheidungsprozesses</li> <li>• Offene, für den Wähler gut nachvollziehbare Machtverteilung, Zuständigkeit und Rechenschaftspflicht (klares Regierungs-/Oppositionsschema)</li> <li>• Ausgeprägte Regierungsstabilität</li> <li>• Alternierendes Parteiensystem politische Innovation</li> </ul>
<b>Schwächen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Relativ geringe Effektivität des Entscheidungsprozesses, hoher Zeitaufwand, hohe Entscheidungskosten</li> <li>• Gefahr von „Vetospielern“</li> <li>• Niedrige Fähigkeit zur schnellen Anpassung an neue Problemlagen</li> <li>• Geringe Transparenz</li> <li>• Von Eliten dominierter Prozess („Demokratie ohne das Volk“)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Großer Handlungsspielraum für die Regierung</li> <li>• Fixierung der relevanten Parteiengruppen aufeinander</li> <li>• Ausrichtung auf große und gut organisierte soziale Interessen</li> <li>• Gefahr der Ignorierung von Minderheiten</li> <li>• Mangelnde Fähigkeit, Verlierer von Kollektiventscheidungen zu integrieren</li> </ul>

Literatur:

- Czada, Roland, 2000: Dimensionen der Verhandlungsdemokratie: Konkordanz, Korporatismus, Politikverflechtung. Polis-Heft 46. Hagen: FernUniversität (<http://www.fernuni-hagen.de/POLINST/polis-46-Czada.pdf>)
- Schmidt, Manfred G., 2000: Demokratietheorien. Opladen: Leske + Budrich
- <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/kd92l.htm>
- [http://www.bpb.de/publikationen/DVN3XE,0,0,Chancen\\_einer\\_Gesundheitsreform\\_in\\_der\\_Verhandlungsdemokratie.html](http://www.bpb.de/publikationen/DVN3XE,0,0,Chancen_einer_Gesundheitsreform_in_der_Verhandlungsdemokratie.html)
- <http://homepage.rub.de/Nils.Bandelow/mkpr03.pdf>